

Deutsche Unternehmer in der Slowakei: Investitionsfreudigkeit hält an

BRATISLAVA (Dow Jones)--Die deutschen Unternehmen in der Slowakei sind mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage zufrieden. Sie blicken zuversichtlich auf das laufende Jahr und sind investitionsfreudig. Zugleich mahnen sie bei der Politik eine Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen an, ergab eine Umfrage der Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer (DSIHK) bei über 90 Firmen. Demnach schätzen 39% der Umfrageteilnehmer die Aussichten für die slowakische Wirtschaft im laufenden Jahr besser ein als noch 2006, während 52% mit gleich guten Bedingungen rechnen.

Die Erwartungen der Unternehmen stimmen zuversichtlich: Knapp 60% gehen für 2007 von einer Verbesserung ihrer Geschäftslage aus. Lediglich 4% prognostizieren eine Eintrübung der Geschäfte. Über drei Viertel der Umfrageteilnehmer berichten von gestiegenen Umsätzen im Jahr 2006; 8% verzeichneten dagegen Umsatzrückgänge. Auch die Gewinnsituation fällt bei den meisten Unternehmen positiv aus: 58% konnten 2006 ihren Gewinn steigern, ein Viertel wies jedoch einen Verlust aus.

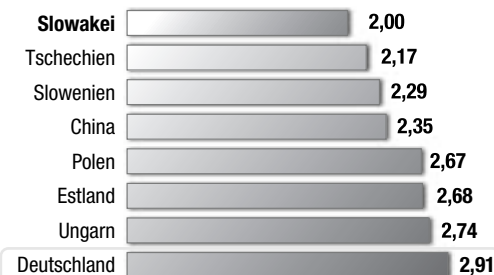
Die Erwartungen der Betriebe stimmen ebenfalls zuversichtlich: 72% der Firmen rechnen mit weiter steigenden Umsätzen und immerhin 53% mit zunehmenden Gewinnen. Der Optimismus der Unternehmen

rige Steuerbelastung, das transparente und einfache Steuersystem sowie die moderaten Arbeitskosten aus. Im Vergleich mit den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Deutschland und China schneidet die Slowakische

Umfrage: Firmen sind mit Standort sehr zufrieden

Wie beurteilen Sie die Attraktivität der Länder als Investitionsstandort?

(Skala von 1= sehr gut - 5= schlecht)



Quelle: Deutsch-Slowakische IHK



DOWJONES

Foto: Bilderbox

wirkt sich auch auf das Investitionsverhalten aus: 48% sehen für 2007 höhere Investitionen vor, 36% planen immerhin mit denselben Investitionsausgaben wie im Vorjahr. Hinzu kommt, dass 46% der Unternehmen ihren Personalbestand ausweiten wollen. Den Standort Slowakei zeichnen nach Meinung der deutschen Investoren vor allem die nied-

Republik als attraktivster Standort ab. Mit der Note 2,01 liegt sie deutlich vor Tschechien (2,17), Slowenien (2,29), Polen (2,67) und Ungarn (2,74). So würden 88% der Umfrageteilnehmer heute wieder die Slowakei als Investitionsstandort wählen. Gleichwohl sehen die Unternehmen auf verschiedenen Feldern noch großen Reformbedarf.

Mit **bfainfo**
OSTEUROPA

Top-Themen

Länderinfo Osteuropa:

In Ungarn läuft die KMU-Förderung im Frühjahr an. Seite 2

Länderinfo Südosteuropa:

Rumänische Regierung will Wirtschaftsstruktur verbessern. Seite 4

Länderinfo Russland:

DIHK ernennt Michael Harms zum neuen Delegierten in Moskau. Seite 5

Länderinfo GUS:

Laut OMV geht die Privatisierung in Belarus an westlichen Investoren weitgehend vorbei. Seite 3

Energie:

Der Startschuss für den Bau der Balkan-Pipeline ist gefallen. Seite 9

LESERSERVICE:

Die DSIHK-Umfrage steht für Sie auf unserer Website www.djnewsletters.de im Bereich „Zusatzinformationen“ zum Download bereit.

Inhalt

Länderinformation	2-6
Mittel- und Osteuropa	2-3
Editorial	3
Südosteuropa	4
Russland & GUS	5-6
Branchen & Märkte	7-11
Automotive	7
Bauindustrie	8
Chemie & Petrochemie	8
Energie	9
Stahlindustrie	10
Transport & Logistik	11
Service Aktuell	11-12
Feiertage im April	11
Termin-Vorschau	12
Buch-Tipp	12

Länderinfo Osteuropa

Neue EU-Mittel fließen nach Ungarn: KMU-Förderung läuft im Frühjahr an

BUDAPEST (Dow Jones/bfai)--In diesem Jahr stehen für Ungarn 1,25 Mrd EUR an neuen und alten Mitteln aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU bereit. Dazu sollen 500 Mio EUR an nationalen Kofinanzierungen kommen. Mit Mitteln aus der neuen Budgetperiode 2007 bis 2013 können Interessenten vom Frühjahr 2007 an rechnen. Die so geförderte Investitionstätigkeit wird den Kapitalgüterimport beleben.

Die ersten Beträge aus den EU-Fonds für 2007 bis 2013 stehen Ungarn ab März 2007 zur Verfügung. Sie summieren sich zu Beginn der Vergabephase auf 120 Mio EUR, durch die Gesamtinvestitionen in der Größenordnung von annähernd 400 Mio EUR initiiert werden dürften.

Die Schwerpunkte liegen zunächst in der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie bei Weiterbildungsmaßnahmen am Arbeitsplatz, die in der Regel auch als Maßnahmen zur Regionalförderung eingesetzt werden. KMU können dabei Zuschüsse für technologieverbessernde Maßnahmen in Höhe von maximal 30% der Investitionskosten bekommen. Darunter fallen unter anderem Ausgaben für Ausrüstungen, die nicht älter als drei Jahre sind.

Die Hilfen zielen auf Unternehmen, die ihre Netto-Umsätze in den ersten drei Jahren nach Gewährung der Zuschüsse um jeweils mindestens 15% steigern. Die Unternehmen müssen wenigstens zwei Jahre am Markt sein und ihren Standort außerhalb Zentral-Ungarns haben, wozu auch Budapest gehört. Neben Ausrüstungskäufen - zum Beispiel IT-Anschaffungen - werden auch Marktstudien sowie Aufträge an Consulting-Firmen gefördert.

Ähnliche Bedingungen gelten für Zuschüsse für komplexe technologische Entwicklungen, die von Exportfirmen in Angriff genommen werden. Im Einzelfall kann sich die finanzielle Unterstützung auf bis zu 2 Mio EUR belaufen. Auch Firmen, die sich auf Zulieferungen an Großunternehmen

spezialisiert haben, werden solche Hilfen gewährt. In Regionen mit Entwicklungsdefiziten und im peripheren ländlichen Raum erhalten KMU Zuschüsse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie können bis zu einem Anteil von 40% der Investitio-



nen reichen und gelten dort auch für Neugründungen. Hier gibt es ebenfalls Sonderprogramme für Exportunternehmen und Zulieferfirmen. Bewerben können sich auch die Niederlassungen ausländischer Unternehmen. Die Anträge sind an das Wirtschaftsministerium zu richten, wobei die Entscheidung das Wirtschaftskabinett trifft.

Insgesamt sollen 2007 annähernd 400 Mio EUR an Hilfen aus Brüssel für Projekte des NEP2, des zweiten Nationalen Entwicklungsplans (2007 bis 2013), nach Ungarn fließen. Dies geschieht zunächst in Form von Vorschüssen. Hierdurch könnten Gesamtinvestitionen im Umfang von gut 1 Mrd EUR angestoßen werden. Im

Sommer 2007 startet die Förderung von Projekten zur Nutzung alternativer Energiequellen mit den ersten Ausschreibungsrunden für diese Mittel. Gemäß NEP2 werden 2007 auch die ersten neuen EU-Mittel für Verkehrsprojekte zur Verfügung gestellt. Vorhaben dieser Sparte können bis 2013 voraussichtlich EU-Hilfen von insgesamt gut 6 Mrd EUR auf sich vereinigen, wobei die endgültige Genehmigung des entsprechenden operativen Programms durch Brüssel noch aussteht.

Anteil von knapp 50% für den Straßenbau vorgesehen

Zu addieren sind dazu noch die ungarischen Kofinanzierungen in der Größenordnung von gut 1 Mrd EUR. Von der Gesamtsumme in Höhe von über 7 Mrd EUR für Verkehrsprojekte ist ein Anteil von knapp 50% für den Straßenbau vorgesehen.

Zusammen mit Polen und der Slowakei gehört Ungarn zu der Gruppe der Länder Mittelosteuropas, die den höchsten Anteil an der Gesamtsumme der EU-Strukturhilfen in den Verkehrs- und Transportsektor stecken wollen (rund 30%). Die auf Umwelt und Energie entfallende Quote ist nach Erhebungen der Weltbank in diesen drei Ländern dagegen relativ niedrig. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung sind im NEP2 insgesamt annähernd 3 Mrd EUR eingeplant.

Erika Anders-Clever (bfai)

KONTAKT:

Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Budapest

Abt. Unternehmensfinanzierung

Tel.: +036 1/336 73 00

E-Mail: ugyfelszolgalat@gkm.gov.hu

Internet: www.gkm.gov.hu

Ungarischer Tendervorbereitungsbüro, Budapest (vom Outsourcing-Verband eingerichtete Beratungsstelle für EU-Tender)

Tel./Fax: +36 1/269 47 77

E-Mail: info@hoa.hu

Internet: www.hoa.hu

Im Baltikum droht konjunkturelle Überhitzung

FRANKFURT (Dow Jones)--Die robuste wirtschaftliche Expansion in Osteuropa und den baltischen Staaten wird auch 2007 und 2008 anhalten. Die entstandenen internen und externen Ungleichgewichte in vielen osteuropäischen Ländern gefährden jedoch deren wirtschaftliche Stabilität. Zu dieser Prognose kommt die SEB Bank in der neuen Ausgabe ihrer Publikation „Eastern European Outlook“.

Vor allem Lettland und Estland weisen unverändert Anzeichen einer überhitzten Konjunktur auf. Den Grund hierfür sieht die SEB in dem sehr schnellen, von inländischer Nachfrage getriebenen Wachstum der beiden Länder. Gegenmaßnahmen seitens der Politik lassen weiter auf sich warten. Ohne eine restriktivere Fiskalpolitik, gepaart mit einer zurückhaltenderen Kreditvergabe der Banken, werde eine harte Landung immer wahrscheinlicher. Eine mögliche Folge wäre eine Währungsabwertung. Noch geht die SEB aber von einer weichen Landung aus.

Ungleichgewichte in der Region beeinflussen Euro-Einführung

Die Ungleichgewichte in der Region beeinflussen nach Meinung der SEB-Analysten auch den Zeitplan für die Einführung des Euro. 2008 werden die Budgetdefizite in Polen, Ungarn sowie der Tschechischen Republik die zulässige Obergrenze von 3% vom Bruttoinlandsprodukt übersteigen und somit den Beitritt weiter in die Zukunft verschieben. Die Slowakei dürfte nach Einschätzung der SEB dem gemeinsamen Währungsgebiet 2009 beitreten. In den baltischen Staaten stelle die zu hohe Inflation die Beitrittschürde dar.

Die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ hat sich auch mit der konjunkturellen Entwicklung in den baltischen Republiken beschäftigt. „Mit einem Einheitssteuersatz von 22% galt Estland schon bisher als neoliberales Musterland. Künftig werden die Esten aber noch weniger Steuern zahlen müssen“, schreibt das in Wien erscheinende Blatt weiter. Noch ehe sie die Regierungsverhandlungen offiziell aufnehmen,

haben sich die vier Parteien der kommenden Mitte-Rechts-Koalition bereits auf eine stufenweise Senkung der Flat Tax auf 18% geeinigt. Damit hat sich die Reformpartei von Premier Andrus Ansip mit ihrem Programm voll durchgesetzt. Denn die Frage, ob man die Einheitssteuer weiter absenken oder höhere Einkommen in einem progressiven System stärker belasten sollte, hatte den Wahlkampf geprägt.

Ansip setzt voll auf ein Wirtschaftswachstum dank einer sinkenden Steuerlast. Ihm schwebt als Endziel ein Steuersatz von nur 12% vor. Der Premier hat sich auch vorgenommen, das kleine Land bis 2015 zu einem der fünf reichsten EU-Staaten zu machen.

Die Zentrumspartei, die ein gestaffeltes System mit einem Spitzensatz von 26% forderte, gehört künftig der Koalition nicht mehr an. Statt dessen werden Konservative, Sozialdemokraten und Grüne zur Reformpartei ins Regierungsboot steigen. Die künftige Regierung einigte sich auch auf eine Erhöhung des steuerfreien Grundbetrags von 2.000 auf 3.000 EEK (192 EUR) und auf eine Verdoppelung der Renten, die zum Ende der vierjährigen Legislaturperiode erreicht sein soll.

Experten warnen davor, dass die Steuerpläne den Konsum weiter anheizen werden.

LESERSERVICE:

Der „Eastern European Outlook“ der SEB Bank steht für Sie auf unserer Website www.djnewsletters.de im Bereich „Zusatzinformationen“ zum individuellen Download bereit.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

wer hätte das gedacht? Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in ausländische Produktionsstandorte sind nur zu einem kleinen Teil von Stellenstreichungen in Deutschland begleitet worden. Die Zahl der von deutschen Firmentöchtern im Ausland geschaffenen Arbeitsplätzen ist zwischen 1990 und 2004 um 757.000 Stellen gewachsen. Aus Kostengründen sind in dieser Zeit aber nur 120.000 Arbeitsplätze aus Deutschland nach Mittel- und Osteuropa verlagert worden, geht aus einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hervor. Das IW führt dies darauf zurück, dass mit etwa 70% der weitaus größte Teil der Auslandsinvestitionen das Ziel gehabt habe, neue Märkte zu erschließen.

Ebenfalls unerwartet und daher überraschend: Der größte Teil der Gelder wurde nicht in so genannten Billiglohnländern, sondern in den damaligen 15 EU-Staaten investiert. Den Bestand der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Jahr 2004 bezifferte das IW mit knapp 677 Mrd EUR. Davon wurden 318 Mrd EUR innerhalb der EU angelegt, gut 204 Mrd EUR in den USA, aber nur gut 41 Mrd EUR in Mittel- und Osteuropa!

Frank Rösch

Frank Rösch

Länderinfo Südosteuropa

Industrieparks erleichtern den Markteinstieg: Rumänische Regierung will die Wirtschaftsstruktur verbessern

FRANKFURT (Dow Jones)--Ende der 90er Jahre hatte sich auch in Rumänien die Einsicht durchgesetzt, dass die Förderung von Forschung und Entwicklung eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Eingliederung der rumänischen Volkswirtschaft in die globalisierte Wirtschaft ist. Konsequenz dieser Erkenntnis ist die Schaffung von Industrieparks, in denen Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungsbehörden zusammenarbeiten. Die Regierung will auf diese Weise die regionale und lokale Wirtschaftsstruktur verbessern sowie Unternehmen mit hoher Wertschöpfung ansiedeln, schreibt Uwe Konst* in einem Gastbeitrag für „Dow Jones Ostwirtschaftsreport“.

Um als Industriepark anerkannt zu werden, muss ein Gelände mehrere Voraussetzungen erfüllen: Der Zugang zu National- oder Europastraßen muss gewährleistet sein und

gerichtlichen Streitigkeiten über den Rechtsstatus anhängig sein. Sollten nicht alle diese Bedingungen erfüllt sein, kann das Gelände durch Regierungsbeschluss trotzdem als Indus-

Den Investoren bieten die Industrieparks folgende Vorzüge:

- Verzicht auf Zoll und Mehrwertsteuer für Maschinen, Anlagen und sonstige abschreibbare Güter, die für den Betrieb der Investition notwendig sind;
- Verzicht auf Zoll und Mehrwertsteuer für Rohstoffe und Halbfabrikate sowie Bau- und Ersatzteile für den Betrieb der Anlagen;
- Verzicht auf Gewinnsteuern für den in die Modernisierung der Anlagen reinvestierten Gewinn für die Dauer von fünf Jahren;
- Darlehen und Zuschüsse für Investitionen in die Industrieparks;
- Erleichterungen bei den lokalen Steuern und Abgaben für die Dauer von fünf Jahren.

Viele der Industrieparks bieten zudem Dienstleistungen für Unternehmen an; als Beispiel seien jene des „Industrial Parc Carfil“ in Brasov/Kronstadt genannt (www.cipbrasov.ro):

- Beratung bei der Gründung und Niederlassung von Unternehmen, in juristischen und steuerlichen Fragen, bei der Finanzierung und dem Zugang zu Förderprogrammen etc.;
- Sekretariats-, Buchführungs- und Konferenzdienstleistungen;
- Organisation von Unternehmertreffen, Weiterbildungen und Messepräsenzen.

Die monatliche Miete liegt - wieder am Beispiel des Industrieparks Carfil - bei 1 EUR pro qm. Mietverträge werden für maximal 30 Jahre abgeschlossen und sind vom Mieter mit einer Frist von 30 Tagen kündbar.

**Der Autor berät und begleitet kleine und mittelständische Unternehmen bei geschäftlichen Aktivitäten im Ausland.*

Industrieparks sollen Unternehmen anlocken



das Gelände muss mindestens 10 ha groß sein. Zudem muss das Eigentum oder Nutzungsrecht für die Dauer von mindestens 30 Jahren gewährleistet sein, das Grundstück frei von sonstigen Lasten sein und es dürfen keine

Industriepark anerkannt werden. Dies ist in einigen Fällen bereits geschehen. Die Verwaltungsgesellschaften der Industrieparks erhalten eine Reihe von Vergünstigungen, insbesondere steuerlicher Art.

LESERSERVICE:

Die ausführliche Fassung dieses Beitrages finden Sie auf unserer Website www.djnewsletters.de unter „Meldung“.

Länderinfo Russland

DIHK: Michael Harms ist neuer Delegierter

FRANKFURT (Dow Jones)--Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat schneller als erwartet auf das drohende Führungsvakuum an der Spitze seiner Vertretung in Moskau reagiert. Wie der DIHK unserer Redaktion auf Nachfrage bestätigte, ist Michael Harms zum neuen Delegierten der Deutschen Wirtschaft in Russland berufen worden. Harms soll im Verlauf dieses Jahres in die Russische Föderation wechseln.

Die Neubesetzung war notwendig geworden, nachdem die langjährige Delegierte Andrea von Knoop vor wenigen Wochen überraschend ihren Rücktritt erklärt hatte und Ende dieses Monats ausscheidet. Harms ist derzeit Mitglied der Geschäftsführung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und bringe durch seinen Werdegang beste Voraussetzungen

AHK in Moskau habe für den DIHK, der derzeit weltweit 86 Auslandshandelskammern unterhält, große strategische Bedeutung. „Es ist also nicht das erste Mal, dass wir deutsch-ausländische Kammern gründen, wie jetzt in Moskau vorgesehen“, hatte der für den GUS-Raum, Südosteuropa und die Türkei zuständige DIHK-Referatsleiter, Reiner Perau, zuvor im



Michael Harms wird als neuer Delegierter der Deutschen Wirtschaft von Moskau aus versuchen, die Gründung einer gemeinsamen AHK voranzutreiben.

für seine neues Amt mit, hieß es.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit, muss Harms die Gründung einer gemeinsamen Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK) in Moskau vorantreiben. Hierzu sollen die Delegation der Deutschen Wirtschaft und der Verband der Deutschen Wirtschaft (VDW) - die Mitgliederorganisation deutscher Unternehmen in Moskau - zusammengeführt werden. Dem neuen Delegierten kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Bei der Mitgliederversammlung des Verbandes am 29. März wird voraussichtlich der jetzige Stellvertreter der Delegierten, Jörg Hetsch, zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt, nachdem Frau von Knoop auch für diese Position nicht mehr kandidiert. Da Hetsch als einziger Kandidat vorgeschlagen wurde, gilt seine Nominierung als sicher. Die zu gründende

Gespräch mit Dow Jones gesagt. Im April werde die Satzungsdiskussion für die geplante AHK wieder neu aufgenommen. Hier war es offensichtlich zu Verstimmungen zwischen dem DIHK und von Knoop gekommen, u.a. weil die Delegierte mehr Kompetenzen als üblich für die Funktion des Kammergeschäftsführers festschreiben wollte.

Durch von Knoops Rücktritt hat sich der Zeitplan für die Erarbeitung der Satzung nun noch weiter verzögert. Ursprünglich war vorgesehen, diese bis zur VDW-Versammlung Ende März vorzulegen.

LESERSERVICE:

Die ausführliche Fassung dieses Beitrages finden Sie auf unserer Website www.djnewsletters.de unter „Meldung“.

Kurz berichtet

►Transport & Logistik

Die DHL Global Forwarding (Austria) GmbH DHL expandiert weiterhin in Osteuropa. Wie der Spezialist für Luft- und Seefracht im Konzern Deutsche Post World Net mitteilte, sind weitere Niederlassungen in den russischen Städten Norilsk und Jekaterinburg im Laufe des Jahres geplant. Im Januar wurden zwei neue Büros in Tjumen eröffnet.

►Finanzwirtschaft

Die Deutsche Börse AG will im zweiten Quartal 2007 eine Vertretung in der russischen Hauptstadt eröffnen. Dabei will die Deutsche Börse mit der Moskauer Interbank-Valutabörse (MMWB) kooperieren.

►Stahlindustrie:

Der internationale Technologiekonzern Andritz AG hat mehrere Großaufträge zum Bau von Walzwerken und Bandbehandlungsanlagen von international bedeutenden Stahl- und Edelmetallherstellern im Gesamtwert von rund 180 Mio EUR erhalten. Wie das Unternehmen mitteilte, bestellte der russische Stahlkonzern NLMK, Lipezk, den Bau einer Feuerverzinkungsanlage, die voraussichtlich im 4. Quartal 2008 mit einer Jahreskapazität von ca. 300.000 t in Betrieb gehen wird.

►Telekommunikation:

Russland hat laut einem Zeitungsbericht erstmals offiziell Interesse an einem Einstieg bei der Deutschen Telekom AG bekundet. Auf der „CeBIT“ in Hannover sagte der russische Telekommunikationsminister Leonid Reiman, der Mischkonzern Sistema prüfe eine Beteiligung. Russland wolle seine Abhängigkeit vom Rohstoffgeschäft reduzieren und zum Hightech-Standort werden, wird der Minister zitiert. Dazu schaue man sich auch im Ausland um.

Die russische Regierung prüfe deshalb den Einstieg russischer Firmen bei europäischen Großkonzernen, darunter auch der Deutschen Telekom.

Länderinfo GUS

OMV zur Situation in der Republik Belarus: Privatisierung geht an westlichen Investoren weitgehend vorbei

HAMBURG (Dow Jones)--„Wir begrüßen die Absicht der Regierung in Minsk, dem Privatisierungsprozess wieder neuen Schwung zu verleihen. Diese Maßnahme könnte der belarussischen Wirtschaft helfen, ihren durch den Preisanstieg für die russischen Ölprodukte in Schräglage geratenen Außenhandel wieder zu stabilisieren“, sagte die GUS-Länderreferentin des Ost- und Mitteleuropa Vereins (OMV), Katrin Morosow, im Gespräch mit unserer Redaktion*.

Bei den jetzt zum Verkauf anstehenden Staatsbetrieben dürften ihrer Einschätzung nach vor allem russische Investoren zum Zuge kommen, deren „wirtschaftliche Kraft nicht zu unterschätzen“ sei. Sie kennen sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen in der Nachbar-GUS-Republik deutlich besser aus als ihre westlichen Branchenkonkurrenten, erläuterte Morosow.

Investoren noch zurückhaltend

Deshalb sei zu vermuten, dass die geplante Privatisierungsoffensive des Kabinetts unter Ministerpräsident Sergej Sidorski auch an den meisten deutschen Investoren vorbeigehen werde. Sie seien angesichts der unsicheren politischen Rahmenbedingungen noch sehr zurückhaltend. Das treffe übrigens auch auf Russland zu. Denn auch dort halte sich das deutsche Engagement, insbesondere von Mittelständlern, gegenwärtig in Grenzen.

Nach dem jüngsten Energiepreis-Poker um russisches Öl und Gas werde immer klarer, dass „die politische Führung in Minsk nicht mehr länger auf den Schulterchluss mit Moskau setzt“. Sie müsse sich jetzt in dieser veränderten Situation aber erst noch zurechtfinden. Das sei andererseits eine Chance, sich neu zu orientieren und andere Wege der Außenwirtschaftspolitik einzuschlagen. Belarus müsse nicht mehr permanent auf den großen Nachbarn Russland schielen, sondern könne sich in

Richtung Asien, aber auch in Richtung EU bewegen und dort neue Kooperationspartner suchen. Frau Morosow erinnerte daran, dass „die Belarussen noch immer das russische Öl und Gas - verglichen mit anderen GUS-Staaten - zu einem Spottpreis bekommen“. Für den Einkauf des kostbaren Energieträgers bezahle Minsk beispielsweise nur knapp die Hälfte des Preises, den die Kaukasus-Republik Georgien zu entrichten habe.

Belarus sei traditionell ein wichtiger Verarbeiter russischer Rohstoffe wie Rohöl, Gas und Metalle und liefere in beträchtlichem Umfang auch Landmaschinenteknik wie die bekannten Traktoren der Marke „Belarus“ an Agrarbetriebe zwischen Moskau und Wladiwostok. Die nationale Petrochemie sei ebenfalls gut entwickelt, allerdings wie die anderen Industriebranchen staatlich reguliert.

Trotz bestehender politischer und wirtschaftlicher Repressalien gehe es den Belarussen nicht schlecht. Löhne und Gehälter werden regelmäßig ausgezahlt. Es gebe sogar die eine oder andere Erhöhung der Bezüge.

Frau Morosow stimmte der Ansicht des AHK-Büro-Leiters in Minsk, Wladimir Augustinski, zu, dass der Investitionsstandort Belarus besser sei als sein Ruf. So gebe es schon heute zahlreiche deutsche Unternehmen, die sich für eine Geschäftsanbahnung entschieden haben. Günstige Produktionsbedingungen bestünden beispielsweise für Nahrungs- und Genussmittel, aber auch für den Stahlsektor und den Automotive-Bereich.



OMV-GUS-Projektmanagerin Katrin Morosow: „Trotz anhaltender politischer und wirtschaftlicher Unwägbarkeiten sollten sich westliche Investoren nicht von Geschäftsabschlüssen in der Republik Belarus abschrecken lassen.“

Das „Magnum“-Eis werde hier ebenso hergestellt wie Kfz-Teile der „Mercedes“-Pkw. Auch mittelständische Aktivitäten lassen sich finden, so unter anderem die die Textima Export GmbH, Berlin, (Textilmaschinen und Anlagen sowie Engineering) oder die Conrad Jacobson Gruppe, Hamburg, (Papierfertigung). Einige deutsche Transport- und Logistikfirmen haben mittlerweile eigene Tochtergesellschaften in Belarus gegründet und besitzen vor Ort ansässige Busbetriebe.

Geschäftschancen und -risiken

Neben bestehenden Geschäftschancen gebe es aber auch -risiken, betonte die OMV-Sprecherin. So können ausländische Kapitalanleger immer wieder Repressalien zum Opfer fallen. Alles im Staat sei reglementiert. „Wenn einer zu gut verdient, kann ihm allein per Regierungsdekret das Geschäft kaputtgemacht werden.“ Unternehmer laufen Gefahr, in Steuerprüfungen hineinzugeraten und sehr schnell aus der Gewinnzone herauszufallen. Müsse der Investor politischen Verordnungen erst einmal offiziell nachkommen, habe er schon keine reale Chance mehr.

**Das Gespräch führte Frank Rösch, Dow Jones News.*

Branchen & Märkte

Automotive

Teure Traktoren bei Polens Bauern immer beliebter

WARSAU (Dow Jones/bfai)--Ausländische Landmaschinenhersteller konnten ihren Absatz in Polen 2006 deutlich steigern, und auch einheimische Branchengrößen legten ein kräftiges Ertragsplus hin. Milliardenhilfen der EU treiben den Umsatz der Fabrikanlagen in bisher ungekannte Höhen. Mittelständische Familienbetriebe werden als Zielgruppe zunehmend bedeutsam. Viele junge Landwirte, die im Ausland gearbeitet haben, wollen die Höfe ihrer Eltern nach westlichem Muster fortführen. Über Polens Felder rollen immer mehr teure High-tech-Traktoren. Die Verkäufe höherpreisiger Landmaschinen des Herstellers New Niederlande haben sich im letzten Jahr verdoppelt.

„Mit einer solchen Absatzdynamik haben wir in unseren kühnsten Träumen nicht gerechnet“, sagt Produktmanager Henryk Jakubowski. 2006 verkaufte die polnische Niederlassung der US-amerikanischen Gesellschaft über 1.400 Traktoren. Rund 350 davon kosteten jeweils 200.000 bis 350.000 PLN (umgerechnet 50.000 bis 90.000 EUR; 1 EUR = 3,8959 PLN im Jahresdurchschnitt 2006). Sie verfügen über Sensoren- und Treibergruppen, die sonst nur in Flugzeugen eingesetzt werden, sowie modernste Technik zur Geopositionierung, Autonavigation und Kühlvorrichtungen.

Ähnliche Erfolge verbuchen Same Deutz-Fahr, John Deere und das Handelshaus Korbanek. Deutz-Fahr-Modelle sind mit Elektronik gespickt, die Traktorpalette fängt bei circa 150.000 PLN an, die teuerste Variante hat 265 PS und kostet 390.000 PLN.

KONTAKT:

Polnische Wirtschaftskammer
für landwirtschaftliche Maschinen
und Anlagen, Torun

Tel.: +4856/623 31 25

E-Mail: biuro@pigmiur.pl

Internet: www.pigmiur.pl

Pkw-Neuwagenabsatz in Ungarn gesunken

BUDAPEST (Dow Jones/bfai)--Der Pkw-Neuwagenabsatz ist 2006 in Ungarn um 5,6% zurückgegangen und dürfte 2007 um rund 10% auf 170.000 Verkäufe schrumpfen. Bis 2010 soll der Absatz wieder auf 200.000 p.a. steigen. Audi und Suzuki wollen im Lande weiter investieren und den Anteil der Bezüge von Kfz-Teilen erhöhen, der auf Einkäufe in Ungarn entfällt. Dieser war bislang gering. Das Land hält weltweit einen Anteil von 3% am Exporthandel mit Kfz-Teilen. In diesem Jahr 2007 kommt es als Folge der Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung in Ungarn zu einem deutlichen Rückgang der privaten Haushalts-Realeinkommen. Der Absatz von Kleinwagen dürfte davon - wie schon 2006 - besonders betroffen sein, während der Verkauf im Premiumsegment weiter zu steigen verspricht.

Vor allem Suzuki hatte 2006 im Inland unter dem Absatzzrückgang zu leiden; auch Opel und Skoda sowie Seat waren davon betroffen, während Audi einen Absatzrekord melden konnte.

Insgesamt schrumpften die Verkäufe von neuen Pkw 2006 um 5,6%, und 2007 sollen sie um 10% zurückgehen. Der Absatz leichter Nfz steigt dagegen kontinuierlich, und zwar 2007 voraussichtlich um 4% auf 22.500 Einheiten und bis 2010 auf 30.000 p.a. (mit Ford, VW und Fiat an der Spitze). Für schwere Nfz soll der Zuwachs 2007 bei 12% auf 7.000 liegen (2010: 8.000). Besonders kräftig verspricht die Nachfrage nach neuen Bussen zu steigen: 2007 sollen 500 abgesetzt werden (+60%) und 2010 annähernd 1.000.

Aus den Expansionsplänen von Audi und Suzuki in Ungarn ergeben sich für Kfz-Teilehersteller und -Zulieferer aus Deutschland vielversprechende Absatzchancen: So wollen sich Gedia Gebrüder Dingerkurs (Attendorn) als Hersteller von Sicherheits- und Aufprallschutzkomponenten neu engagieren und sowohl

Audi als auch Suzuki beliefern. Im Zuge der Produktionsausweitung von Magyar Suzuki planen in Ungarn zudem Kirchhoff (Deutschland), Denso (Japan) sowie - zusammen mit Raba Nyrt - Toyo Seat (Japan) und Cadence (Tschechien) ein Engagement. Deutschen Firmen eröffnen sich zudem gute Chancen als Ausrüstungslieferanten für die in Ungarn stark expandierende Reifenindustrie.

Rumänien pokert um Fabrik in Craiova

CRAIOVA (Dow Jones)--Die rumänische Regierung favorisiert die Autohersteller General Motors und Ford als neue Eigentümer des Werks in Craiova. Nach Informationen der Fachzeitschrift „Automotive News Europe“ (ANE) ist die Bedingung der Regierung, dass ein neuer Eigentümer über eine jährliche weltweite Produktion von mindestens 1 Mio Fahrzeuge verfügt. Damit kommen die indische Firma Tata Motors, Chery Automobile aus China und der ukrainische Autobauer UkrAVTO wohl nicht mehr in Frage.

Die rumänische Regierung habe bislang jeden Kommentar verweigert, aber lokalen Quellen zufolge will man einen großen Autobauer, der innerhalb von vier Jahren rund 200.000 Fahrzeuge in der rumänischen Stadt fertigt. GM will das Werk nach den Worten des Osteuropadirektors Chris Lacey um die Nachfrage im Osten Europas zu decken. „Rumänien ist der nächste Schritt“, sagte Lacey. „Wir haben Kapazitäten für Polen und Rumänien“. Auch für Mitbewerber Ford sei Craiova, 200 km von der Hauptstadt Bukarest entfernt, wichtig.

Europa-Chef Lewis Booth unterstrich das Interesse an dem Werk. Allerdings könnte die rumänischen Verantwortlichen GM dafür bestrafen, dass der Konzern 2002 nicht zugriff, als das ehemalige Daewoo-Werk zum Verkauf stand.

Branchen & Märkte

Bauindustrie

Ungarn ändert Zeitplan für Investitionen

BUDAPEST (Dow Jones/bfai)--Von den 7 Mrd bis 9 Mrd EUR, die bis 2013 in den ungarischen Verkehrssektor fließen sollen, ist ein Anteil von knapp 50% für die Straßeninfrastruktur vorgesehen. Das Ausbauprogramm ist ab Mitte 2006 auf einen deutlich längeren Zeitraum gestreckt worden und soll auf die Inanspruchnahme von Mitteln aus den EU-Fonds abgestimmt werden. Ferner ist ein neues PPP-Projekt (Public Private Partnership) geplant.

Trotz der vom Frühjahr 2007 an in Aussicht stehenden EU-Mittel wird sich das ungarische Straßenbauprogramm nicht bis 2013 zu Ende bringen lassen.

Vor allem der Budapester Autobahnring M0 wird dann noch nicht geschlossen sein. Bis Ende 2007 soll hier mit Hilfe von knapp 200 Mio EUR aus Brüssel zunächst ein weiteres, kleines Teilstück fertig gestellt wer-

Es musste stark modifiziert werden, um nicht gegen das EU-Regelwerk zu verstoßen. Diese Vorschriften hatten verhindert, dass Ungarns Regierung 2005 und 2006 eine vollständige Umwandlung ihres Straßenbauprogramms in PPP-Projekte durchsetzen konnte, um so eine nachhaltige Entlastung des Staatshaushalts zu erreichen. Die EU hatte darin einen Versuch der Budget-Kosmetik gesehen. Das

Das Ausbauprogramm wird auch dadurch schlanker, dass Vorhaben wie die M6 nicht als Autobahn, sondern zumindest streckenweise als Schnellstraße (mit Gegenverkehr) ausgebaut werden. Über die Laufzeit des PPP-



Foto: Nemzeti Autopalya

Mit ehrgeizigen Straßenbauprojekten möchte sich Ungarn in der Region langfristig zu einem Logistik-Drehkreuz entwickeln.

den. Verzögerungen hatte es zuvor vor allem bei der M7 in Richtung kroatischer Grenze gegeben; hier geht es mit verlangsamtem Tempo nach neuen Auftragsvergaben weiter, bei denen deutsche Anbieter nicht zum Zuge gekommen sind.

Die M6 in Richtung Pecs wird bis 2010 als PPP-Projekt realisiert. Dieses Modell ist für ein erstes Teilstück der M6 schon zum Einsatz gekommen.

Projekts ist noch nicht entschieden worden; sie wird voraussichtlich bei 22 Jahren liegen, nach deren Ablauf der Staat Eigentümer wird. Bis dahin zahlt der Staat eine jährliche Gebühr für Bereitstellung und Instandhaltung der Straße.

Die Gesamtkosten sind mit grob 750 Mio EUR veranschlagt. Noch im Frühjahr 2007 soll die Ausschreibung des Projekts erfolgen.

Chemie & Petrochemie

Deutsche PKN Orlen schließt Vertrag mit Shell

WARSCHAU (Dow Jones)--Die Orlen Deutschland AG hat einen Vertrag mit der Shell Deutschland Oil GmbH über die Lieferung von Treibstoff in Höhe von 800 Mio EUR unterzeichnet. Die Sparte der Royal Dutch Shell plc werde im Rahmen der Vereinbarung die Tankstellen von Orlen in Deutschland mit Treibstoffen versorgen, teilte die hundertprozentige Tochter der polnischen PKN Orlen SA mit. Das Angebot sei verbindlich für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007. PKN Orlen ist die größte Raffinerie in Polen.

Auktion für bulgarische Raffinerie Nova Plasma

SOFIA (Dow Jones)--Die insolvente Raffinerie Nova Plasma im bulgarischen Pleven soll am 18. April auf einer Auktion verkauft werden. Wie die Tageszeitung „Dnevnik“ in ihrer Onlineausgabe berichtet, liegt der Startpreis bei 59 Mio BGN (30 Mio EUR). Der potenzielle Käufer der Nova Plasma erwerbe auch alle Gebäude, Ausrüstungen, Maschinen und Fahrzeuge mit.

Chemieindustrie baut PET-Kapazitäten aus

MOSKAU (Dow Jones/bfai)--Der russische PET-Markt wächst weiterhin zweistellig. Die Nachfrage wird nahezu vollständig durch die Getränkeindustrie bestimmt. Die PET-Einfuhren sinken, decken jedoch etwa drei Viertel des Bedarfs. Asiatische Hersteller dominieren, die Volksrepublik China kommt massiv auf den Markt. Europa, vor allem Deutschland, ist stark als Lieferant von Technologien und Anlagen auf dem Markt positioniert. Auch für die nächsten Jahre sind die Aussichten nicht schlecht: Zahlreiche neue Vorhaben sind in Vorbereitung.

Energie

Russland strebt Gründung von Atomholding an

MOSKAU (Dow Jones)--Russland will demnächst eine staatliche Atomholding (Atomenergoprom) für die zivile Kernenergiewirtschaft gründen. Das teilte der Erste Vizepremier Sergej Iwanow in einer Sitzung des Kollegiums der russischen Atomenergieagentur (Rosatom) mit.

In Atomenergoprom werden die Firmen TWEL (Hersteller von Reaktorbrennstoffen), Techsnabexport (Exporteur von Kernbrennstoffzyklen), Rosenergoatom (AKW-Betreiber) und Atomstroyexport (Exportunternehmen für Nukleartechnologien) übergehen. Wie Iwanow sagte, werden die Aktien von Atomenergoprom komplett dem Staat gehören.

Jegliche Geschäfte werden nur anhand von Anordnungen des russischen Präsidenten abgewickelt. Der Präsident bestimme auch die Liste von juristischen Personen, denen erlaubt wird, eigene Kernstoffe, -anlagen und -depots zu haben. „Ein anderes Herangehen darf es hier einfach nicht geben“, wird er von RIA Nowosti zitiert.

Die Unternehmensstruktur sei in Form einer offenen Aktiengesellschaft optimal, meinte er. Bis zum Jahr 2030 wolle Russland den Anteil der Atomenergie an der gesamten Stromerzeugung von derzeit 16% bis auf 30% erhöhen. Die Atomenergiewirtschaft müsse „das Fundament für die künftige russische Energiewirtschaft bilden“, so Iwanow.

Gegenwärtig entfallen auf die Atomkraftwerke lediglich 16% der gesamten Stromerzeugung in Russland, stellte er fest. In Frankreich seien es 78%, in Schweden 50% und in den USA 20%. Die russische Regierung starte in diesem Jahr ein Programm, um bis 2012 den Anteil der Atomenergie auf 18,5% zu steigern.

„2030 wollen wir die Marke von 25% bis 30% erreichen“, sagte Iwanow. Jährlich sollen jeweils zwei neue Reaktoren in Russland gebaut werden.

Startschuss für Bau der Balkan-Pipeline

ATHEN (Dow Jones)--Russland, Griechenland und Bulgarien haben ein Regierungsabkommen über den Bau einer Erdölleitung unterzeichnet, die das Schwarze Meer mit der Ägäis verbinden wird. An der Unterzeichnung im Präsidentenpalast von Athen nahmen der russische Staatspräsident Wladimir Putin und sein griechischer Amtskollege Karolos Papoulias teil. Anwesend waren auch der bulgarische Premier Sergej Stanischew und der griechische Ministerpräsident Kostas Karamanlis.

Die etwa 280 km lange Leitung soll vom bulgarischen Hafen Burgas zur nordgriechischen Hafenstadt Alexandroupolis führen. Damit soll eine Alternative zum Tankschiffverkehr durch die überlasteten türkischen Schwarzmeereengen Bosphorus und Dardanellen geschaffen werden, wie es heißt.

Kapazität lässt sich aufstocken

Durch die neue Pipeline sollen jährlich 35 Mio t Erdöl fließen. Ihre Kapazität könnte auf 50 Mio t im Jahr aufgestockt werden. Der Bau soll Ende 2007 beginnen und 2011 fertig gestellt sein, berichtete das griechische Fernsehen weiter. Das Projekt soll dem südosteuropäischen Energiemarkt neue Dynamik geben, berichtet die Deutsche Welle.

Bereits 2006 haben alle Länder der Region - mit Ausnahme der Türkei - den Vertrag über einen Binnenmarkt für Energie auf dem Balkan unterzeichnet. Dadurch soll der Stromhandel angekurbelt und die Versorgungssicherheit der Region gewährleistet werden. Über diese und andere Themen berieten kürzlich Teilnehmer aus unterschiedlichen Ländern Südosteuropas auf einem internationalen Energiegipfel in Athen.

In Griechenland gilt die neue „Transbalkan-Route“ als Vorzeigeprojekt moderner Energiepolitik. Dazu kommt eine weitere Trasse, die Erdgas aus dem Kaspischen Meer über die Türkei nach Griechenland und weiter nach Italien

transportieren soll. Spätestens 2011 sollen beide Pipelines ihren Betrieb aufgenommen haben. Doch bereits jetzt denken viele Politiker über Alternativen nach. So etwa der albanische Minister für Wirtschaft, Handel und Energie, Genc Ruli: „Albanien hat selbstverständlich ein besonderes Interesse an solchen Projekten, denn heute haben wir als einziges Land in der Region überhaupt keinen Zugang zu einer Gaspipeline. Im Moment prüfen wir verschiedene Möglichkeiten.“

Reformpläne vorantreiben

Tirana würde ein Projekt bevorzugen, dass Albanien nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Transitstaat für Energielieferungen nach Europa vorsieht. Das würde sich auch finanziell lohnen. „Eine Pipeline, die Erdgas aus der Türkei über Griechenland und Albanien nach Italien liefert, wäre um mindestens 150 km kürzer als jede andere Alternativstrecke“, so Ruli. Vor allem müssten auch die Reformpläne für den Energiesektor in der Region vorankommen, so die einhellige Meinung der Teilnehmer.

Das dies dringend nötig ist, erläuterte Liubomir Velkov, Leiter der bulgarischen Elektrizitätswerke: „Bei der vorhandenen Infrastruktur ist die Energieeinfuhr aus Westeuropa technisch kompliziert. Es gibt nur wenige Verbindungen zwischen den Elektrizitätssystemen von West- und Südosteuropa, deswegen hat man bei uns kaum eine Chance, Strom aus Westeuropa zu importieren.“

Branchen & Märkte

Stahlindustrie

Ukraine investiert in die Hütten-Modernisierung

KIEW (Dow Jones/bfai)--Einen zehn Jahre währenden „Modernisierungs-Boom“ sagen Experten der ukrainischen Stahlindustrie voraus. Mehrere Stahlkonzerne haben zu diesem Zweck bereits Groß-Kredite aufgenommen. Die Gesamtsumme neu herausgelegter Darlehen betrug 2006 mehr als 1 Mrd USD. Die Importe von Hütten- und Walzwerksausrüstungen werden 2007 stark zunehmen. Der Industriezweig verzeichnete im Jahr 2006 erneut Produktions-Zuwächse: bei Stahl auf 41 Mio t (+6%), bei Roheisen auf 32,9 Mio t (+7%) und bei Walzgut auf 36,2 Mio t (+7%).

Wie die ukrainische Wirtschaftspresse erfahren haben will, plant Kostjantyn Shewago, Industriemagnat, Parlamentarier und Mehrheitsgesellschafter des Mischkonzerns Finansy i Kredyt, in der Region Poltawa ein neues Stahlwerk mit einer Jahres-Kapazität von 3 Mio t.

Die Investition solle an einem Standort nahe einer konzerneigenen Erzmine, betrieben vom Bergbau- und Anreicherungskombinat Poltawsky

GOK als der größten Tochtergesellschaft des Konzerns, getätigt werden. Für den Betrieb des künftigen Werks sei bereits eine besondere Gesellschaft, Vorskla Steel, gegründet worden.

Der Konzern plane im übrigen auch den Bau eines Walzwerks in Ungarn. Dort würden nach Inbetriebnahme Brammen aus ukrainischer Produktion verarbeitet. An mehrere große Industrie-Finanz-Gruppen der Ukraine wur-

den durch internationale bzw ausländische Finanzorganisationen Darlehen herausgelegt. Damit sollen Modernisierungsvorhaben in großem Maßstab möglichst zügig durchgeführt werden. Dabei geht es in erster Linie um Investitionen, welche die Erdgas-Verbrauchparameter der Stahlindustrie senken helfen.

Vor allem hat die Donbass Industrial Union (DIU, russisch: ISD) der Tycoons und Politiker Witali Haiduk und Serhi Taruta zwei Kredite in einer Gesamthöhe von 500 Mio USD aufgenommen. Kreditgeber sind die International Finance Corporation (Weltbank-Gruppe) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Auch hier geht es in erster Linie um Maßnahmen zur Energieverbrauchsdrösselung.

Die DIU kontrolliert zwei Hüttenwerke in der Ukraine mit Standorten in Dnipropetrowsk bzw Altschewsk, Region Luhansk. Die Industrie-Holding System Capital Management (SCM) des ukrainischen „Stahl-Barons“ Rinat Achmetow hat 2006 für Zwecke der Modernisierung und Effizienzsteigerung angeschlossener Stahlwerke insgesamt 455 Mio USD investiert.

Die Maßnahmen galten dem Hüttenwerk AsowStal (Mariupol), dem Metallurgischen Werk Jenakiewe (Region Donezk) sowie dem Rohrwerk Charzysk (Region Donezk). Bei dem führenden französischen Geldinstitut BNP Paribas S.A. nahm die Holding einen syndizierten Kredit im Umfang von 400 Mio USD auf. Diese Mittel sind für Investitionen in zwei Erzbergbau- und -aufbereitungsbetrieben bestimmt.

Das Stahlwerk Altschewsk will mit dem Kredit Investitionen in eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage finanzieren und so den Energieverbrauch drosseln. In das Stahlwerk SaporishStal - mit dem in Kanada ansässigen Sowjet-Emigranten Alex Schnaider und dem ukrainischen Geschäftsmann Eduard Schyfryn als Mehrheitsgesellschaftern - wurden 2006 knapp 100 Mio USD investiert. Für 2007 stehen weitere Investitionen im Umfang von 250 Mio USD bevor.

Harald Meyer (bfai)



Branchen & Märkte

Transport & Logistik

Schienengüterverkehr:
Marktöffnung stockt

WARSAU (Dow Jones/bfai)-- Die Marktliberalisierung im Schienengüterverkehr hat in Polen bisher noch nicht die erhofften Resultate gebracht. Entscheidender Hemmfaktor ist die staatliche Bahngesellschaft PKP Cargo. Sie behält weiter die Kontrolle über die Schieneninfrastruktur und versucht, sich Wettbewerber vom Leib zu halten. Diese zeigen sich unbeeindruckt: Private Bahnspeditionen kontern mit konkurrenzfähigen Preisen für ihre Dienstleistungen und investieren große Summen in den Ausbau ihrer Fuhrparks. Nach nur 3,6% im Jahr 2003, verbuchten private Schienenspediteure 2006, nur drei Jahre später, einen Marktanteil von immerhin etwa 18%.

Vor allem im letzten Jahr war die Dynamik gewaltig: Allein in den ersten drei Quartalen haben nichtstaatliche Bahntransporte um 54% zugenommen, jene der PKP-Gruppe dagegen um knapp 1% abgenommen. 2007 sollen Private über 20% Marktanteil erreichen. Ausländische Unternehmen suchen nach strategischen Verbündeten und unterzeichnen Kooperationsabkommen - zum Beispiel DB Cargo mit PCC Rail Szczakowa, ein weiterer großer westeuropäischer Player steht in den Startlöchern - oder gründen eigene Tochterfirmen in Polen. Inzwischen hat außerdem eine Konsolidierungsphase eingesetzt.

Die Unternehmen wollen ihre operativen Geschäftsfelder erweitern, Kosten reduzieren sowie Börsengänge und Firmenübernahmen vorbereiten. Allerdings hat die staatliche PKP Cargo weiterhin das Monopol über die Infrastruktur, wodurch sich Wettbewerb nur zögerlich entfalten kann.

Der Zugang zum polnischen Schienennetz ist einer der teuersten europaweit und dessen Qualität sehr schlecht. Bahntransporte sind angesichts des regelrechten Verfalls mancher Gleisstrecken immer schwieriger durchführbar. Unter solchen Bedingungen steigt die Konkurrenz

zunächst nur innerhalb der Gruppe der privaten Transportgesellschaften, was sich primär in Preissenkungen äußert. Alle Firmen suchen nach den günstigsten Finanzierungsformen und arbeiten an Investitionsplänen. Die Qualität der Angebote verbessert sich, die Preise sinken. 2006 sind zum Beispiel die Margen für die Kohlebeförderung zeitweise um 30% gefallen.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei anderen klassischen Massentransportgütern wie Eisen- und Stahlprodukte, Mineralöl, Baustoffe oder Düngemittel. Die (kurzfristigen) Vorteile daraus kommen zwar den Kunden zugute, doch birgt diese Entwicklung

auch eine große Gefahr: Zur Erneuerung des rollenden Materials müssen sowohl Private als auch die PKP Milliardensummen mobilisieren. Bleibt daher nur zu hoffen, dass sie angesichts des scharfen Preiskampfes und sinkender Margen bei Dienstleistungen dazu auch in der Lage sein werden.

KONTAKT:

Amt für Bahntransport, Warschau
Internet: www.utk.gov.pl (unter „Departamenty“ sind die jeweiligen Ansprechpartner genannt)

Service Aktuell

Feiertage im April 2007

Albanien

- 6. Karfreitag (Ost- und Westkirche)
- 9. Ostermontag (Ost- und Westkirche)

Armenien

- 6.-9. Ostern (Ostkirche)
- 24. Gedenktag der Opfer des Genozids (Völkermords)

Belarus

- 6. Karfreitag
- 8. Ostern
- 17. Radauniza

Bulgarien

- 9. Ostermontag (Ostkirche)

Estland

- 6. Karfreitag

Georgien

- 6. Karfreitag (Ost- u. Westkirche)
- 9. Gedenktag für die Gefallenen für die nationale Einheit
- 9. Ostermontag (Ost- und Westkirche)

Kroatien

- 9. Ostermontag

Lettland

- 6. Karfreitag
- 9. Ostermontag

Litauen

- 9. Ostermontag

Mazedonien

- 9. Ostermontag (Ost- u. Westkirche)

Moldau

- 8. Ostersonntag (Ostkirche)
- 9. Ostermontag (Ostkirche)

Montenegro

- 3.-4. Pessach (für Juden)
- 6. Karfreitag (Ost- u. Westkirche)
- 9. Ostermontag

Polen

- 9. Ostermontag

Slowakische Republik

- 6. Karfreitag
- 9. Ostermontag

Slowenien

- 9. Ostermontag
- 27. Tag des Aufstandes

Tschechische Republik

- 9. Ostermontag

Ukraine

- 9. Ostermontag (Ostkirche)

Ungarn

- 9. Ostermontag

Service Aktuell

Termin-Vorschau

► **Russland:**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft veranstaltet am **16. April** im Rahmen der diesjährigen Hannover Messe einen „Wirtschaftstag Sibirien“. Von russischer Seite werden u.a. die wichtigsten sibirischen Gouverneure erwartet, die das Wirtschaftspotenzial ihrer Regionen präsentieren.

Online-Kontakt:

Ansprechpartnerin: Anke Zimdars
E-Mail: a.zimdars@bdi.eu

► **Wirtschaftstag Ukraine:**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft veranstaltet am **17. April** im Rahmen der diesjährigen Hannover Messe einen „Wirtschaftstag Ukraine“. Neben deutschen Vertretern aus Wirtschaft und Politik nimmt auch eine hochrangige Delegation aus der Ukraine teil, die voraussichtlich vom neuen Wirtschaftsminister Kinach geleitet wird. Interessierte Unternehmen können sich bis zum 10. April beim Ost-Ausschuss in Berlin anmelden.

Online-Kontakt:

Ansprechpartnerin: Anke Zimdars
E-Mail: a.zimdars@bdi.eu

► **Belarus:**

Der Ost- und Mitteleuropa Verein (OMV) veranstaltet am **18. April** im Rahmen der diesjährigen Hannover Messe einen Wirtschaftstag Belarus. Die von 11 bis 14 laufende Veranstaltung steht unter dem Motto „Wirtschaftsbeziehungen mit Belarus - Chancen für Handel und Investments“, teilte der OMV unserer Redaktion mit. Auf dem Messegelände wird u.a. auch eine hochkarätig besetzte Delegation mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft der Republik Belarus erwartet. Sie wird angeführt vom ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Wladimir Semashko. Interessierte Unternehmen können sich noch bis 11. April direkt beim OMV für die Teilnahme am Wirtschaftstag Belarus anmelden.

Online-Kontakt:

E-Mail: morosow@o-m-v.org
Internet: www.o-m-v.org

Buch-Tipp

„Fachwörterbuch Einkauf“ erschienen

FRANKFURT (Dow Jones)-- Das „Fachwörterbuch Einkauf - Begriffserklärungen Deutsch-Englisch“ ist im Forum Verlag erschienen. Die Publikation soll helfen, auch mit ausländischen Lieferanten und Partnern Anforderungen präzise zu formulieren und mögliche Beschwerden ohne Missverständnisse zu bereinigen. Das Nachschlagewerk kostet 58,00 EUR inkl. MWSt.

► **Online-Kontakt:**

www.forum-verlag.com

Osteuropäische Devisen

(1 EUR = ... WE) vom 26.3.2007

Albanien (ALL)	120,76
Armenien (AMD)	469,00
Aserbaidtschan (AZM)	1,0515
Belarus (BYR)	2.800,70
Bosnien (BAM)	1,9558
Bulgarien (BGN)	1,9536
Estland (EEK)	15,498
Georgien (GEL)	2,2390
Kasachstan (KZT)	162,06
Kirgisistan (KGS)	50,225
Kroatien (HRK)	7,2900
Lettland (LVL)	0,6958
Litauen (LTL)	3,4028
Mazedonien (MKD)	60,864
Moldau (MDL)	16,827
Polen (PLN)	3,8475
Rumänien (RON)	3,3310
Russland (RUB)	34,000
Serbien (CSD)	79,763
Slowakei (SKK)	32,800
Tadschikistan (TJS)	4,5875
Tschechien (CZK)	27,500
Turkmenistan (TMM)	6.884,80
Ukraine (UAH)	6,5726
Ungarn (HUF)	244,25
Usbekistan (UZS)	1.659,00

Währungsbezeichnungen im ISO-Code
Quelle: Landesbank Baden-Württemberg

Impressum

Herausgeber und Verlag: Dow Jones News GmbH, Baseler Arkaden, Wilhelm-Leuschner-Straße 78, 60329 Frankfurt am Main; HRB 58631 Frankfurt

Geschäftsführung: Dr. Matthias Paul, Volker Schneider, Mike Bergmeijer, Tom McGuirl und Nate Rogers

Verantwortlich für den Inhalt:

Armin Kalbfleisch (Leitender Redakteur)
Tel.: +49(0)69/29725-438

Redaktion: Frank Rösch (Head of Editorial Competence Center Global Business)

Tel.: +49(0)69/29725-410

Fax: +49(0)69/29725-440

Internet: www.djnewsletters.de

Abonnenten-Service: +49(0)69/29725-442

Anzeigenverkauf: +49(0)69/29725-163

E-Mail: anzeigen@dowjones.com

Ständige Mitarbeiter der bfai:

Peter Buerstedde, Belgrad
Torsten Pauly, Zagreb
Malte Kessler, Bukarest
Dr. Harald Meyer, Kiew
Gerit Schulze und
Waldemar Lichter, Moskau
Miriam Neubert, Prag
Dr. Uwe Strohbach, Reisekorrespondent
Jan Triebel, Riga
Dr. Hans-Friedrich Ruwwe, Sofia
Heiko Steinacher, Warschau
Beatrice Repetzki, Warschau
Erika Anders-Clever, Budapest

Dow Jones Ostwirtschaftsreport ist ein Produkt der Dow Jones News GmbH, einer Tochtergesellschaft der Dow Jones International GmbH. Die Business Newsletter stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen sowie die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), bei Charts, Kursen und Preisen auch auf AID. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Erscheinungsweise: wöchentlich.

Herstellung: Diamond Systems GmbH, Diamantstraße 5-7, 65468 Trebur
ISSN 0344-7030

Unter Verwendung von Berichten der bfai → Bundesagentur für Außenwirtschaft, Köln.